



Arbeitsgemeinschaft der  
Ausländerbeiräte Rheinland-Pfalz

**agah**

Landesausländerbeirat

Arbeitsgemeinschaft der  
Ausländerbeiräte Hessen

**Stadt XY**

Vorbereitungskreis

„Kommunales Wahlrecht für  
Alle!“

c/o agah  
Kaiser-Friedrich-Ring 31  
65185 Wiesbaden

Tel.: 0611-98995-0  
Fax: 0611-98995-18  
zelder@agah-hessen.de

Mainz, 09.06.2009

## **Kampagne Demokratie braucht JEDE Stimme; hier: Ihre Position zum Kommunalen Wahlrecht für Alle**

Sehr geehrte(r) Frau/Herr Oberbürgermeister ,

in Hessen und Rheinland-Pfalz wird derzeit von den Arbeitsgemeinschaften der Ausländerbeiräte, Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften und Migrantenorganisationen eine Kampagne zur Einführung des Kommunalen Wahlrechts für *alle* Ausländerinnen und Ausländer durchgeführt. Ziel dieser Kampagne ist es, dass Bundestag und Bundesrat nach den Bundestagswahlen im September 2009 den Weg zum Kommunalen Wahlrecht für Alle durch eine Änderung des Grundgesetzes freimachen.

Wie Sie wissen, besitzen Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union, die in Deutschland leben, seit Mitte der 90er Jahre das Recht, auf kommunaler Ebene zu wählen und sich wählen zu lassen. Dagegen sind Einwohner und Einwohnerinnen aus sogenannten Drittstaaten, z. B. der Türkei, dem ehemaligen Jugoslawien und den außereuropäischen Staaten von der Teilnahme ausgeschlossen, unabhängig davon wie lange sie hier schon leben.

Der Europarat und das Europäische Parlament setzen sich seit langem dafür ein, bei Wahlen auf kommunaler Ebene allen rechtmäßig in einem Land lebenden Menschen das aktive und passive Wahlrecht einzuräumen. Das geschieht bereits in vielen europäischen Ländern, beispielsweise in Dänemark, Irland, den Niederlanden oder in Schweden.

Entscheidungen, die in den kommunalen Parlamenten getroffen werden, haben oft ganz unmittelbare Auswirkungen auf die Einwohner: Wird ein zusätzlicher Kindergarten eingerichtet? Wird meine Straße endlich zur Spielstraße? Wird mein Verein von der Stadt

unterstützt? In den Kommunen sind der Selbstverwaltungsgedanke und das Prinzip der basisnahen Regelung eigener Angelegenheiten von besonders großer Bedeutung. Aus diesem Grund ist es auch ein Anliegen der Kampagne möglichst viele kommunale Beschlüsse zum kommunalen Wahlrecht für Alle herbeizurufen. In vielen Kommunen in Deutschland gibt es bereits Beschlüsse bzw. Resolutionen, die das kommunale Wahlrecht für Alle befürworten. (Eine Musterresolution ist diesem Schreiben beigelegt).

Da in **XY** viele Ausländerinnen und Ausländer aus Drittstaaten ohne Kommunalwahlrecht dauerhaft und rechtmäßig leben, interessiert uns Ihre Position als Oberbürgermeister der Stadt **XY** zu diesem Thema. Wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn Sie diese durch die Beantwortung der folgenden Fragen darlegen könnten. Neben Ihnen haben wir auch Ihre Kolleginnen und Kollegen der größten Städte in Hessen und Rheinland-Pfalz um die Beantwortung der folgenden Fragen gebeten. Alle Antworten möchten wir gerne auf unserer Kampagnenwebsite [www.kommunales-wahlrecht.de](http://www.kommunales-wahlrecht.de) veröffentlichen.

*Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes leben zur Zeit ca. 7 Millionen Ausländerinnen und Ausländer rechtmäßig in Deutschland. Dieser Personenkreis hat gegenwärtig nicht das Recht, an Bundestags- oder Landtagswahlen teilzunehmen oder sich dort zur Wahl zu stellen. Anders als die etwa 2,5 Millionen Ausländer mit einer EU-Staatsbürgerschaft dürfen die etwa 4,5 Millionen sogenannten Drittstaater auch an den Wahlen zum Europäischen Parlament oder an Kommunalwahlen weder aktiv noch passiv teilnehmen.*

Welche Auswirkungen hat die seit vielen Jahren immer größer werdende Kluft zwischen Wohnbevölkerung und wahlberechtigtem Staatsvolk nach Ihrer Auffassung für die Legitimation demokratischer Entscheidungen in den Parlamenten und für unsere demokratische Grundordnung allgemein?

*Die Kampagne „Demokratie braucht JEDE Stimme“ engagiert sich aus integrationspolitischen und demokratietheoretischen Erwägungen für das kommunale Wahlrecht für alle rechtmäßig und dauerhaft in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten. Die Entscheidungen kommunaler Parlamente haben unmittelbare Auswirkungen auf die Lebenssituation jedes einzelnen Einwohners und jeder einzelnen Einwohnerin – unabhängig von deren Staatsangehörigkeit. Deshalb ist das Recht, an der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung auf kommunaler Ebene gleichberechtigt mitwirken zu können, für das Gelingen von Integrationsprozessen und für die allgemeine Akzeptanz politischer Entscheidungen von großer Bedeutung.*

Treten Sie dafür ein, dauerhaft und rechtmäßig in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten auf kommunaler Ebene das aktive und passive Wahlrecht zuzusprechen?

- Wenn nein: Welche Erwägungen und Gründe sprechen aus Ihrer Sicht gegen ein kommunales Wahlrecht für alle dauerhaft und rechtmäßig in Deutschland lebende Migrantinnen und Migranten?
- Wenn ja: Treten Sie für eine Änderung von Artikel 28 GG ein, um das kommunale Wahlrecht für alle dauerhaft und rechtmäßig in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten herstellen zu können?
- Wenn Sie nicht für eine Änderung von Artikel 28 GG eintreten: Welchen anderen (gesetzgeberischen) Weg halten Sie für geeignet, um das

kommunale Wahlrecht für alle dauerhaft und rechtmäßig in Deutschland lebende Migrantinnen und Migranten zu realisieren?

Wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn Sie uns Ihre Antworten so bald wie möglich zuschicken würden.

In der Anlage finden Sie weiterführende Informationen zu unserer Kampagne. Wir stehen Ihnen für Rückfragen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Vito Contento

Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Rheinland-Pfalz

Trägerinnen und Träger der Kampagne:

Arbeitsgemeinschaften der Ausländerbeiräte Hessen und Rheinland-Pfalz, Arbeitskreis Asyl Rheinland-Pfalz, DGB Bezirk Hessen-Thüringen, DGB Bezirk West/Rheinland-Pfalz, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Hessen, Hessischer Jugendring, IG Bergbau Chemie Energie Landesbezirk Rhl.-Pf./Saarl., Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz, Interkultureller Rat in Deutschland, Landesjugendring Rheinland-Pfalz, Liga der Freien Wohlfahrtspflege Hessen und Rheinland-Pfalz (Arbeiterwohlfahrt, Caritas, Diakonie, Der Paritätische, Deutsches Rotes Kreuz, Landesverband der Jüdischen Gemeinden Hessen), ver.di Landesbezirk Hessen und ver.di Landesbezirk Rheinland-Pfalz